

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

1144

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst wie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Belegblätter monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitspalten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 239.

Dresden, Mittwoch den 14. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Immer mehr Wahlrechts-Wirrwarr. Wichtige Regierungserklärungen.

In der heutigen Sitzung der Wahlrechtsdeputation hat Graf Hohenthal, daß die Regierung nunmehr die volle Verantwortung für die vom Geheimrat Feinl vorgelegte Wahlkreisverteilung übernehme und nach deren Durchberatung zum Kompromiß gelangen wolle. Er verteidigt das bisherige Schweben der Regierung und erklärt nochmals ausdrücklich, daß die Regierung an der Wahlrechtsverteilung festhalte und sie auch im Plenum der Kammer verteidigen werde.

Nunmehr verlas der Minister Graf Hohenthal folgende Erklärung der Regierung:

„Gegen den Inhalt des Kompromisses, den die liberale und die nationalliberale Fraktion bezüglich der Wahlrechtsreform beschlossen haben, gehen der Regierung — von minderwertigen Punkten abgesehen — zunächst zwei grundsätzliche Bedenken entgegen — zunächst zwei grundsätzliche Bedenken.“

„Sie hält einige Bestimmungen des Kompromisses, die sie jetzt gefaßt hat, praktisch nicht für durchführbar und nimmt Anstoß daran, daß die Wähler, die durch Pluralismen privilegiert werden sollen, hinsichtlich ihres Wahlrechts verschieden bewertet werden.“

„Die Regierung ist ja mit der Wahlrechtsdeputation darin einig, daß durch Behaltung des Wahlrechts der Einfluß der Klassen auf die Staatsleitung in angemessener Weise begrenzt werden muß, damit gewisse Kategorien der Bevölkerung, die einerseits für das ganze Staatsleben von großer Wichtigkeit, andererseits aber doch nach verhältnismäßiger Schwach sind, nicht Gefahr laufen, von der großen Masse unterdrückt zu werden, sondern zu dem nun gebührenden Einfluß gelangen können.“

„In diesem Zweck wird das allgemeine Wahlrecht zu differenzieren und hierbei von Merkmalen auszugehen sein, die ermöglichen, auf Grund leicht festzustellender Tatsachen zweckmäßige Vorkehrungen in kurzer Zeit zu gewinnen. Von den Merkmalen, die in den Sitzungen der Wahlrechtsdeputation als hierzu geeignet befunden worden sind, akzeptiert die Regierung die Einkommenshöhe, den Grundbesitz, die Zugehörigkeit zur Wählerliste der Gewerbetreibenden, das Maß von Bildung, das in den Besitz der wissenschaftlichen Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienst zum Ausdruck kommt, und endlich den Staatskirchen, Schulen und Gemeindefunktionen.“

„Was er dem Inhaber wenigstens 1800 M. jährlich einbringt. Demgegenüber hat sich die Regierung nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Wähler über 45 Jahre numerisch so schwach seien, daß sie ein Wahlrecht gegen den Einfluß der jungen Wählerschaft bedürften, und daß die Erfahrung gelehrt hat, daß bloße Alter keine Garantie für höhere politische Einsicht oder patriotische Gesinnung böte. Es weniger hat die Regierung das von der Deputation aufgeworfene Merkmal der wirtschaftlichen Selbstständigkeit zur Differenzierung des Stimmengewichts als geeignet beenden können.“

„Eine sichere Festlegung der Tatsachen, die diese wirtschaftliche Selbstständigkeit erweisen sollen, ist in der Praxis so schwierig und zeitraubend, daß sie der Ansetzung der Wählerlisten unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde.“

„Will man den Bevölkerungsgruppen, die numerisch verhältnismäßig schwach sind, den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung sichern und damit zugleich die Verwirklichung der Klassen in die nötigen Grenzen weisen, so darf man doch mit der verfahrensmäßigen Bemerkung der Wähler nicht weiter gehen, als zu dem oben angegebenen Zweck nötig ist.“

„Es ist nach der Ansicht der Regierung nicht erwünscht, die Staatsbürger für die Wahlen in vier Gruppen zu scheiden, nämlich erstens in solche mit bloßer Grundstimm, zweitens in solche mit Grund- und einer Zusatzstimme, drittens in solche mit Grund- und zwei Zusatzstimmen, viertens in solche mit Grund- und drei Zusatzstimmen. Es würde der richtige Grundgedanke, der der Deputation vorgekehrt hat, schon beim und nach Ansicht der Regierung sogar besser zum Ausdruck kommen, wenn die Wähler nur in zwei Gruppen geteilt werden, nämlich erstens in solche, die dem ermäßigten numerisch schwachen, aber doch für das Staatsleben wertvollen Bevölkerungsschichten angehören, die einen besonderen Schutz bedürfen, und zweitens in solche, welche den numerisch stärkeren Bevölkerungsschichten angehören, die aber wegen ihrer größeren numerischen Stärke einen besonderen Schutz ohne Nachteil ertragen können. Die Bildung von vier Gruppen, wie sie der Kompromiß der beiden Landtagsfraktionen ins Auge gefaßt hat, führt einerseits zu Schwierigkeiten bei der Listenaufstellung, die nicht zu unterschätzen sind, andererseits zu einer Verschärfung des Wahlrechts, die für die kleinsten Bevölkerungsschichten und den sozial überaus wertvollen Mittelstand durchaus nicht vorteilhaft sein kann.“

„Hat man für die Differenzierung des Wahlrechts eine sichere Grundlage in der Weise gewonnen, daß die Wähler nach den angegebenen Gesichtspunkten in zwei Gruppen geteilt werden, von der die eine Gruppe in der Lage sein soll, bei den Wahlen

eine stärkere Einwirkung auf die Zusammenlegung der Kammer auszuüben als die andre Gruppe, so ist weiter die Frage zu beantworten, in welcher Form diese Differenzierung äußerlich zur Erscheinung kommen soll. Nach Ansicht der Regierung würde es der Sachlage am besten entsprechen, wenn eine jede der zwei Wählergruppen ihre Abgeordneten getrennt wählen würde. Da es aber in den Beratungen der Deputation wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, einen wie hohen Wert die Kammer auf die Einheitlichkeit des Wahlkreises legt und da die Regierung die Wahlkreiseinteilung, die das Land in 96 Wahlkreise teilt, nicht ohne zwingenden Grund von neuem ändern möchte, so empfiehlt sie, die Differenzierung des Wahlrechts in der Weise vorzunehmen, daß die Wähler, welche einer oder mehreren der oben erwähnten privilegierten Kategorien angehören, gleichmäßig je drei Zusatzstimmen erhalten.“

„Die Verhältniswahl würde die Regierung am liebsten auch in diesem Eventualvorstoß für das ganze Land und somit auf alle 96 Wahlkreise ausgedehnt sehen. Wenn aber die Deputation und die Kammer auch bei anderweiter Ermüdung hierzu nicht zu genehmigen sein sollten, so will sie sich, um das äusserste Entgegenkommen im Interesse einer baldigen und friedlichen Regelung der Wahlrechtsfrage zu betätigen, eventuell, wie wohl ich deren Herzen, damit begnügen, die Verhältniswahl wenigstens für die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau und diejenigen Ortsgemeinden zu fordern, die mit Teilen einer dieser fünf Städte zu einem Wahlkreise zusammen geschlossen worden sind.“

„Bei ihrem Verlangen einer aller sechs Jahre erfolgenden Integralerneuerung der Kammer bleibt die Regierung auch bestehen. Die Forderung mindestens zweijährigen Wählens am Orte der Wohnansiedlung, die das Kompromiß aufgestellt hat, findet nicht die Zustimmung der Regierung. Auch legt diese keinen Wert darauf, daß zur Wählbarkeit die Eintragung einer direkten Staatssteuer von wenigstens 30 M. gefordert wird.“

„Der Minister erklärt noch, daß für den von ihm nicht erwarteten Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage, die Regierung einem Gesetze zustimmen werde, das den Erfordernissen der eben abgegebenen Erklärung entsprechend aufgestellt wird. Er sprach noch die Hoffnung aus, daß damit ein Gesetz zustande kommen werde.“

„Präsident Rechner, Abg. Dietrich und Langhammer dankten dem Minister für diese Erklärung. Langhammer betont noch, daß man auch den Abgeordneten dankbar sein müsse, die zur Ermüdung der abgegebenen Erklärung beigetragen haben.“

„Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung auf Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, verlagert.“

„Unmittelbar nach der Verlegung der Wahlrechtsdeputation traten die Fraktionen zur Beratung über die Regierungserklärung zusammen. — Geheimrat Dr. Feinl erklärte ausdrücklich zu den Vertretern der Presse, daß die Regierung ihren neuen Vorschlag nur für den Eventualfall mache, daß sie aber nach wie vor noch auf ihrem Entwurfe beharre.“

Die Organisation der Welt. Professor Schäding über den Internationalismus.

hg. Berlin, 13. Oktober.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hatte, um nach den internationalen Friedenskongressen der Presse und der Parlamentarier ihre Arbeit neu zu organisieren, für gestern abend eine große öffentliche Versammlung nach den Industriehallen einberufen. Den Vorsitz führte Pastor Brande von der Klons-Gemeinde in Berlin. Er gab eine kurz gefaßte Darstellung der Ziele der Friedensgesellschaft, die doch in den Weltfriedensfragen noch radikaler vorgeht als die jüngsten internationalen Kongresse. Man verfuhrte sie dafür als phantastisch, träumerisch und utopisch, aber es sei vielleicht ganz gut, in der Gegenwart nicht zu den sogenannten Realpolitikern gezählt zu werden. (Beifall.) Dann sprach der ordentliche Professor Schäding, der Bruder des bekannten Berliner Bürgermeisters, über die Organisation der Welt. Er führte aus, daß der Andrang weltgeschichtlicher Epochen oft von denen am wenigsten verstanden werde, die sie mit erleben. Auch jetzt sei ein neues Zeitalter angebrochen, das Zeitalter der internationalen Organisation. Wir erleben dazu mit einer viel größeren Zeit, als die Zeit der großen deutschen Einheitskriege war, wir sehen die Gründung eines neuen Weltstaates vor uns. Die Weltstaatsidee ist in der Kulturgeschichte ewig. Sokrates nannte sich den ersten Weltbürger, und die Ideen der Janiker und seines Lehrers Aristoteles vereinigen sich durch die Philosophie der Stoiker auf Kaiser Nero. Das Weltkulturreich des alten Rom bedeutete den Frieden. Als es an der inneren Welt zerbrach, die ein übertriebener Zentralismus verdrängte, nahm das Christentum die Kirche den glänzenden Gedanken des Universalismus auf und schuf sich ein neues römisches Kaiserreich deutscher Nation. Das das Mittelalter an Kultur geschaffen hat, verdankt es der universalen Kirche. Das muß jeder an-

erkennen, auch wenn er wie ich heute noch meiner ganzen politischen Stellung eher Modernist ist. (Beifall.) Das Christentum Mainz hat für die deutsche Kultur eine viel höherere Bedeutung als alle alten brandenburgischen Markgrauen. (Beifall und Zustimmung.) Es folgten die Jahrzehnte der internationalen Desorganisation, deren schwersten Schaden gerade Deutschland trug. Darum hätte kein Land so viel Ursache, pazifistisch zu sein, wie Deutschland. Aber nicht einmal theoretisch erkennt das deutsche Volk heute den Friedensgedanken an. Für das kulturell rückständige Mittelalter war der Friedensgedanke etwas moralisch Selbstverständliches, und Dante mahnt, nicht zu vergessen, daß Christus seine Jünger mit dem Worte beehrte: Friede sei mit euch! (Sehr gut!) Heute gilt der Krieg als ein Stück göttlicher Weltordnung. (Gehen.) Man hat als erster erkannt, daß erst alle kulturellen Rechtsstaaten geworden sein müssen, ehe die neue Internationalisierung möglich sei. Diese Voraussetzung ist erreicht. Das Zeitalter der neuen internationalen Organisation der Welt ist angebrochen. Kabinetsfrage sind heute unmöglich geworden, Religionskriege ebenfalls; denn daß Religion Bruderschaft ist, ist ein anerkannter Grundlag des Völkerrechts. War doch auch der Großtürke so lange unzweifelhaft christlicher Staat einziger Freund. (Beifall.) Vor allem aber haben neue Produktions- und Verkehrsbedingungen neue Interessengemeinschaften gebildet. Redner schildert eingehend die Entwicklung des internationalen Verkehrs und die Anzahl internationaler Behörden, die durch ihn entstanden sind. Er erinnert dann an die Verbeugungen, die nach trüber Kriegesablegender Duldung jetzt auch Deutschland vor der Friedensidee, führt Wilow vor Frederic Volin gemacht habe. Leider seien darauf Laten ebenfalls gefolgt wie auf Wilows Verbeugungen vor dem Geiste Uhlans. (Beifall.) In der inneren und äußeren Politik treibt Deutschland eine Politik der Angst, der Angst vor den großen Zukunftsdeuten. Es fürchtet sich gegen die Schiedsgerichtsbarkeit so hartnäckig, daß selbst der hochkonservative Professor Jörn, Deutschlands juristischer Vertreter in Haag, es nicht mehr vertreten konnte, es fürchtet sich gegen jede Beschränkung der Rüstungen durch Individualverträge. Aber muß denn eine Million Menschen in Deutschland ständig tuberkulös sein, wo doch die Tuberkulose eine Krankheit des Elends und der Wohnungsnot ist? (Sehr gut!) Vor 60 Jahren hat man meinem Großvater die Linienform aberkannt, weil er einen Ruf für die deutsche Flotte mit unterzeichnet hatte. Jetzt reisen die pensionierten Generale, die sich nach Gesetz und Verordnung die ersten 60 Jahre ihres Lebens nicht um Politik haben kümmern dürfen, im Lande umher, und während wir eine Einschränkung der Rüstungen brauchen, fordern sie ungemessene Neubestellungen. Wie ein Dorfchneider fault sich Deutschland seine Modelbilder immer erst alt. Gerade jetzt lebt es in einem Zeitalter übertriebener Chauvinismus, in einem Zeitalter der Reaktion und Stagnation, wie es trauriger und kläglicher für ein großes Kulturvolk nicht gedacht werden kann. (Stürm. Beifall.) — Professor Schäding entwirft dann ein Bild des künftigen Weltstaates, wie er ihn sich vorstellt, mit dem Haag als der künftigen Weltstadt, einem Weltparlament und einem Weltstaatsgrundvertrag, der all die schloffenen einzelner internationalen Staatsvereine auffangen könne. Die Völker würden nach dem germanischen Rechtsgedanken, die Unabhängigkeit jedes Bundesstaates nur soweit zu beschränken, wie für das Gemeinwohl unbedingt notwendig sei, das Recht behalten, ihre volle Eigenart zu wahren. Aber die einzelnen Staaten würden sich nach dem Worte des philosophischen Kaisers Marx nicht zu einander verhalten wie die Häuser einer Stadt. Die tatsächliche Möglichkeit des Krieges werde natürlich immer bleiben. Aber tatsächlich sei ja auch der Krieg keine Schande und Gefahren verloren hat, wenn er aufgehört hat, ein Rechtsinstitut zu sein. (Beifall.)

Zu der Diskussion beizugewandte Herr v. Gersa die Auffassung, als ob heute schon alle strukturalen Rechtsstaaten seien, als zu optimistisch für den Bruder des Bürgermeisters von Jutum. Deutschland habe ein politisches Verbrechen begangen, als es die Hand Englands, die Lord Georges zur Einschränkung der Rüstungen bot, zurückwies. Das müßten die schönsten Friedensreden des Kaisers in Straßburg, wenn keine Friedensstaaten folgten. Aber Deutschland werde erst eine vernünftige Friedenspolitik treiben, wenn nicht mehr die Nachkommen der alten Raubritter die auswärtige Politik des deutschen Reiches führten. (Beif. Beifall.) Prof. Dr. Ludwig Stein, der Leiter des Internationalen Friedensbureaus in Bern, teilte mit, daß England als erster Großstaat neben sein Kriegsbudget auch ein Budget für Bürgerfrieden und Freundschaft im nächsten Jahre aufstellen werde. Er schilderte die großen Fortschritte der Friedensbewegung und versicherte, daß das englische Volk ausnahmslos von unten bis oben durchaus friedlich gefimmt sei. Dr. Breitscheid wies auf die Volkswirren hin, die jetzt hätten, wie wenig Wert internationale Verträge hätten. Nur wenn das Volk die auswärtige Politik selbst leite, sei der Friede gesichert. Die Demokratie ist der Friede.

Die weitere Diskussion führte zu einer Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Internationalisten. Diese letzteren betonten mit Recht, daß die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Nationen, die aus dem Kapitalismus und seinem wilden Aus-

Vertical text on the left margin, including names and small advertisements.